

239 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XIX. GP

Bericht

des Verfassungsausschusses

über die Regierungsvorlage: Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1991 geändert wird (131 der Beilagen)

Beim Vollzug der Vorschriften für das Verfahren vor den unabhängigen Verwaltungssenaten ergaben sich bestimmte Schwierigkeiten, denen die vorliegende Regierungsvorlage Rechnung tragen soll. Es sollen daher bestehende Unklarheiten im Verfahrensrecht beseitigt sowie Verfahrenserleichterungen für die unabhängigen Verwaltungssenate geschaffen werden.

Darüber hinaus sollen allgemeine Änderungen und Anpassungen vorgenommen werden, wie zB die Berücksichtigung der Zeit eines Verfahrens vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften bei den Fristen gemäß § 31 Abs. 3 und § 51 Abs. 7 sowie die Berücksichtigung des Verfahrens vor dem Verfassungsgesetzgerichtshof in § 51 Abs. 7.

Schließlich werden geringfügigere Änderungen, wie etwa Anpassungen in den §§ 44 und 48 hinsichtlich der Angaben in den Niederschriften und in der Strafverfügung vorgenommen.

Im Zusammenhang mit der in § 64a AVG erfolgten Regelung der Berufungsvereinbarung auch für das Verwaltungsstrafverfahren ist § 51b VStG weitgehend entbehrlich; im VStG ist nur noch die Anordnung zu treffen, daß in der Berufungsvereinbarung keine strengere Strafe verhängt werden darf als im angefochtenen Bescheid; dies erfolgt durch Ergänzung des § 51 Abs. 6, sodaß § 51b aufgehoben werden kann.

Der Entwurf sieht insbesondere folgende Änderungen für das Berufungsverfahren nach dem VStG vor:

- Erleichterungen betreffend die Verpflichtung zur Durchführung von mündlichen Verhandlungen (auf Grund der generellen Regelungen des AVG und einer Klarstellung in § 51c VStG),
- Erleichterungen hinsichtlich der Verpflichtung zur Durchführung einer öffentlichen mündlichen Verkündung,
- Erleichterungen betreffend die Niederschriften und die Beurkundung der Verkündung des Erkenntnisses (§ 51h Abs. 3 und 4 VStG),
- Präzisierung der Möglichkeit der Beweisaufnahme vor der mündlichen Verhandlung bei ungenügender Sachverhaltsfeststellung durch die Behörde erster Instanz (Vermeidung nicht notwendiger mündlicher Verhandlungen, wenn bekämpfter Bescheid aufzuheben ist),
- Neuregelung der örtlichen Zuständigkeit der unabhängigen Verwaltungssenate nach § 51 Abs. 1 VStG zur Reduzierung der derzeit strittigen Fälle, die zu Belastungen der unabhängigen Verwaltungssenate durch Klärung der Zuständigkeitsfrage und zu Verfahrensverzögerungen führen,
- Anpassung des § 51b an die Neufassung des § 64a AVG (Berufungsvereinbarung),
- die ausdrückliche Regelung, daß die gemeinsame Durchführung der mündlichen Verhandlung in verschiedenen Verfahren zulässig ist (insbesondere auch dann, wenn einerseits die Zuständigkeit einer Kammer, andererseits die Zuständigkeit eines einzelnen Mitglieds gegeben ist),
- Vereinfachung der Auszahlung der Zeugengebühren (auf Grund der Vorschrift im AVG).

An allgemein anwendbaren Regelungen enthält der Entwurf insbesondere:

- die Berücksichtigung der Dauer von Verfahren vor den europäischen Instanzen im Rahmen der europäischen Integration (Vorlageverfahren) in verschiedenen Fristhemmungsregelungen,
- eine Klarstellung hinsichtlich der Wirkung des Einspruchs nach § 49 Abs. 2 VStG.

Der Verfassungsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 7. Juni 1995 in Verhandlung genommen.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Peter Schieder, Dr. Jörg Haider, Mag. Johann-Ewald Stadler, Dr. Günther Kräuter und Dr. Martin Graf sowie Staatssekretär Mag. Karl Schlögl.

Die Abgeordneten Dr. Peter Kostelka und Karl Donabauer brachten einen Abänderungsantrag ein.

Dem Abänderungsantrag waren folgende Erläuterungen beigegeben:

„Zu § 29a:

§ 29a erster Satz ermöglicht derzeit der nach § 27 zuständigen Behörde, wenn hiervon das Verfahren wesentlich vereinfacht oder beschleunigt wird, das Strafverfahren an die sachlich zuständige Behörde zu übertragen, in deren Sprengel der Beschuldigte seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Nach § 29a zweiter Satz darf jedoch in Angelegenheiten der Bundesverwaltung das Strafverfahren nur an eine Behörde im selben Bundesland übertragen werden.

Die Regierungsvorlage sieht eine Änderung der örtlichen Zuständigkeit im Verfahren vor den UVS insofern vor, als das Recht der Berufung an den UVS desjenigen Landes zusteht, in dem die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, ihren Sitz hat. Für den Fall einer Abtretung des Strafverfahrens in Angelegenheiten der Bundesverwaltung wäre damit zu rechnen, daß durch die Abwesenheit von Bundesbediensteten (in der Regel Exekutivorganen) vom Dienstort erhebliche Kosten anfallen, zumal eine Zeugenvernehmung nicht im Rechtshilfeweg erfolgen darf. Da am Grundsatz der Unmittelbarkeit des Verfahrens vor den UVS festzuhalten ist, erscheint es zweckmäßig, die Abtretung nach § 29a zu beschränken.“

Bei der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des oberwähnten Abänderungsantrages in der diesem Bericht beigedruckten Fassung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 1995 06 07

Dr. Ilse Mertel

Berichterstatterin

Dr. Peter Kostelka

Obmann

/%.

Bundesgesetz, mit dem das Verwaltungsstrafgesetz 1991 geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Verwaltungsstrafgesetz 1991 – VStG, BGBI. Nr. 52, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBI. Nr. 799/1993, wird wie folgt geändert:

1. § 24 lautet:

„§ 24. Soweit sich aus diesem Bundesgesetz nicht anderes ergibt, gilt das AVG auch im Verwaltungsstrafverfahren. Die § 2, 3, 4, 11, 12, 41, 42, 51, 57, 63 Abs. 1, 64 Abs. 2, 66 Abs. 2, 67a bis 67d, 67f Abs. 3, 68 Abs. 2 und 3, 73 Abs. 1 bis 3, 75, 78, 78a, 79, 79a und 80 AVG gelten im Verwaltungsstrafverfahren nicht.“

1a. § 29a zweiter Satz lautet:

„Das Strafverfahren darf nur an eine Behörde im selben Bundesland, der Strafvollzug nur an eine Bezirksverwaltungsbehörde oder Bundespolizeibehörde übertragen werden.“

2. § 31 Abs. 3 letzter Satz lautet:

„Die Zeit eines Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof, vor dem Verwaltungsgerichtshof oder vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften sowie Zeiten, während deren die Strafvollstreckung unzulässig, ausgesetzt, aufgeschoben oder unterbrochen war, sind nicht einzurechnen.“

3. § 44 Abs. 1 Z 2 lautet:

„2. den Vor- und Familiennamen, Tag und Ort der Geburt, die Staatsangehörigkeit, den Familienstand, die Beschäftigung und den Wohnort des Beschuldigten;“

4. § 48 Abs. 1 Z 2 lautet:

„2. den Vor- und Familiennamen sowie den Wohnort des Beschuldigten;“

5. § 49 Abs. 2 wird folgender letzter Satz angefügt:

„In dem auf Grund des Einspruches ergehenden Straferkenntnis darf keine höhere Strafe verhängt werden als in der Strafverfügung.“

6. § 51 Abs. 1 lautet:

„§ 51. (1) Im Verwaltungsstrafverfahren steht den Parteien das Recht der Berufung an den unabhängigen Verwaltungssenat jenes Landes zu, in dem die Behörde, die den Bescheid erlassen hat, ihren Sitz hat. Wenn der einer Behörde zugewiesene Sprengel gänzlich außerhalb des Bundeslandes liegt, in dem die Behörde ihren Sitz hat, dann steht die Berufung an den unabhängigen Verwaltungssenat des Landes zu, in dem der Sprengel liegt.“

7. § 51 Abs. 3 lautet:

„(3) Die Berufung kann auch mündlich eingebracht werden. Die Behörde hat die Gründe für die Berufungserhebung in der Niederschrift festzuhalten.“

8. § 51 Abs. 6 und 7 lauten:

„(6) Auf Grund einer vom Beschuldigten oder auf Grund einer zu seinen Gunsten erhobenen Berufung darf in einer Berufungsentscheidung oder Berufungsvorentscheidung keine höhere Strafe verhängt werden als im angefochtenen Bescheid.

(7) Wenn eine Berufungsentscheidung nicht innerhalb von 15 Monaten ab Einlangen der Berufung erlassen wird, dann gilt der angefochtene Bescheid als aufgehoben und ist das Verfahren einzustellen. Dies gilt nicht in Sachen, in denen nicht nur der Beschuldigte das Recht der Berufung hat. Die Zeit eines Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof oder vor dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften ist nicht in diese Frist einzurechnen.“

9.

10.

„§ 51 e. (1) Wenn die Berufung nicht zurückzuweisen ist oder wenn nicht bereits aus der Aktenlage oder auf Grund ergänzender Erhebungen ersichtlich ist, daß der angefochtene Bescheid aufzuheben ist, dann ist eine öffentliche mündliche Verhandlung anzuberaumen. Zu dieser sind die Parteien und die zu hörenden Personen, insbesondere Zeugen und Sachverständige, zu laden.

(2) Wenn in der Berufung nur eine unrichtige rechtliche Beurteilung behauptet wird oder wenn sich die Berufung gegen einen verfahrensrechtlichen Bescheid oder nur gegen die Höhe der Strafe richtet oder wenn im bekämpften Bescheid eine 3 000 S nicht übersteigende Geldstrafe verhängt wurde, dann kann eine Verhandlung unterbleiben, es sei denn, daß eine Partei die Durchführung einer Verhandlung ausdrücklich verlangt. Den Parteien ist eine von einer anderen Partei erhobene Berufung unter Hinweis auf diese Rechtsfolge mitzuteilen. Vor Erlassung des Bescheides ist den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zum Ergebnis des Ermittlungsverfahrens zu geben.“

(3) Von der Verhandlung kann abgesehen werden, wenn die Parteien ausdrücklich darauf verzichten. Ein solcher Verzicht kann bis zum Beginn der Verhandlung erfolgen. Wenn die Verhandlung wegen einer noch ausstehenden Beweiserhebung vertagt wird, dann kann der Verzicht bis zum Beginn der fortgesetzten Verhandlung erklärt werden. Dem Beschuldigten ist vor der Fällung des Straferkenntnisses Gelegenheit zu geben, sich zum Ergebnis der vorgenommenen Erhebungen zu äußern. Trotz des Verzichts der Parteien kann der unabhängige Verwaltungssenat die Verhandlung durchführen, wenn er es für erforderlich erachtet.

(4) Die Parteien sind so rechtzeitig zur Verhandlung zu laden, daß ihnen von der Zustellung der Ladung an mindestens zwei Wochen zur Vorbereitung zur Verfügung stehen.

(5) Die gemeinsame Durchführung der Verhandlung in verschiedenen Verfahren ist zulässig, wenn dies auf Grund des sachlichen Zusammenhangs der den Verfahren zugrunde liegenden Verwaltungsübertretungen zweckmäßig ist. Die Entscheidung über die gemeinsame Durchführung ist von den zuständigen Organen des unabhängigen Verwaltungssenats einvernehmlich zu treffen. Die die Verhandlung betreffenden Anordnungen und Entscheidungen sind im Falle der gemeinsamen Durchführung einer Verhandlung in Verfahren, die einerseits in die Zuständigkeit einer Kammer fallen, andererseits in die Zuständigkeit eines einzelnen Mitglieds, von der Kammer zu treffen, in Verfahren, die in die Zuständigkeit verschiedener Kammern oder verschiedener einzelner Mitglieder fallen, von dem in der Geschäftsordnung des unabhängigen Verwaltungssenats für diesen Fall bestimmten Organ. Die Leitung der Verhandlung obliegt dem nach landesrechtlichen Vorschriften zuständigen Organ.“

11. § 51h Abs. 3 und 4 lauten:

„(3) Nach Schluß der Beweisaufnahme ist den Parteien Gelegenheit zu ihren Schlußausführungen zu geben. Dem Beschuldigten steht das Recht zu, sich als letzter zu äußern. Niederschriften im Verfahren vor den unabhängigen Verwaltungssenaten bedürfen nicht der Unterschrift der Zeugen.

(4) Hierauf ist die Verhandlung zu schließen. Im Verfahren vor einer Kammer zieht sich diese zur Beratung und Abstimmung zurück. Der Spruch des Bescheides und seine wesentliche Begründung sind nach Möglichkeit sofort zu beschließen und zu verkünden.“

12. § 51i lautet:

„§ 51i. Wenn eine Verhandlung durchgeführt wurde, dann ist bei der Fällung des Erkenntnisses nur auf das Rücksicht zu nehmen, was in dieser Verhandlung vorgekommen ist. Auf Aktenstücke ist nur insoweit Rücksicht zu nehmen, als sie bei der Verhandlung verlesen wurden, es sei denn, der Be-

239 der Beilagen

5

schuldigte hätte darauf verzichtet, oder als es sich um Beweiserhebungen handelt, deren Erörterung infolge des Verzichts auf eine fortgesetzte Verhandlung gemäß § 51e Abs. 3 dritter Satz entfallen ist.“

13. Vor der Überschrift zu § 52 wird eingefügt:

„6. Abschnitt: Sonstige Abänderung von Bescheiden“

14. Vor § 52a wird folgende Überschrift eingefügt:

„Amtswegige Aufhebung rechtskräftiger Bescheide“

15. §

„§ 36 Abs. 1 zweiter Satz und § 36 Abs. 3 sind anzuwenden.“

16. Vor § 66a wird folgende Überschrift eingefügt:

„Verweise“

17. Vor § 66b wird folgende Überschrift eingefügt:

„Inkrafttreten“

18. §

„(4) § 24, § 29a zweiter Satz, § 31 Abs. 3 letzter Satz, § 44 Abs. 1 Z 2, § 48 Abs. 1 Z 2, § 49 Abs. 2 letzter Satz, § 51 Abs. 1, 3, 6 und 7, § 51e, § 51h Abs. 3 und 4, § 51i, die Überschriften vor der Überschrift zu § 52 und vor § 52a, § 53b Abs. 2 letzter Satz sowie die Überschriften vor § 66a und vor § 66b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. . . . /1995 treten mit 1. Juli 1995 in Kraft.

(5) § 51b in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. Nr. . . . /1995 tritt mit Ablauf des 30. Juni 1995 außer Kraft.

(6) § 51 Abs. 1 in der Fassung vor dem Bundesgesetz BGBl. Nr. . . . /1995 ist in Verfahren weiter anzuwenden, in denen die mündliche Verhandlung bis zum 30. Juni 1995 abgehalten wurde.

(7) § 49 Abs. 2 letzter Satz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. . . . /1995 ist für Bescheide anzuwenden, die nach dem 30. Juni 1995 erlassen werden. § 51 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. . . . /1995 ist in Fällen anzuwenden, in denen die Berufung nach dem 30. Juni 1995 eingebracht wird.“